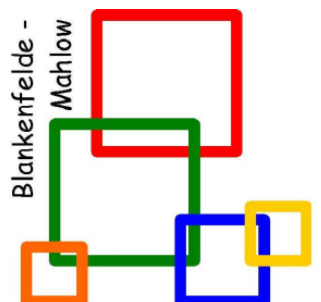


Bürgerhaushalt 2015

Rechenschaftsbericht der Gemeindevertretung



22. Januar 2015



Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Ablauf des Bürgerhaushaltes 2015.....	3
2. Statistische Daten zur Bürgerbeteiligung.....	4
3. Beratungen in den Fachausschüssen.....	5
4. Fazit und Ausblick.....	7

1. Ablauf des Bürgerhaushaltes 2015

Allgemeine Durchführung

In der Gemeindevertreterversammlung am 30.01.2014 wurde die Durchführung eines vierten Bürgerhaushaltes beschlossen. Grundlage für den Beschluss war das Konzept 1.2 (siehe Anlage 1), welches 2012 von einer Arbeitsgruppe - der Redaktionskommission - entwickelt wurde.

Der Ausschuss Bürgerhaushalt begleitete das Projekt bis zur Kommunalwahl im Mai 2014. Nach der Wahl wurde der Bürgerhaushalt dem durch die Gemeindevertretung neu gebildeten Ausschuss für Finanzen und Bürgerhaushalt zugeordnet. Die Sitzungen des Ausschusses waren öffentlich.

Bürgerbeteiligung

Wie im Vorjahr war die Bevölkerung der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow aufgefordert Vorschläge in den Bürgerhaushalt einzubringen, in Bereichen, in denen die Leistungen freiwillig erfüllt werden. Hierzu zählten:

- Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit
- Freizeitangebote
- Bauinvestitionen
- Einnahmen / Steuern der Gemeinde
- Straßen und Wege
- Infrastruktur und Verkehr
- Grünflächenpflege
- Bildung und
- Seniorenarbeit

Während der **Vorschlagsphase** im Zeitraum gesamten Monat März 2014 gingen bei der Gemeindeverwaltung 200 Anregungen für den kommunalen Haushalt ein.

In zwei Sitzungen des Ausschusses Bürgerhaushalt wurden die eingebrachten Ideen thematisch zusammengefasst sowie festgelegt, ob der Vorschlag zur Abstimmung gestellt werden kann. Von allen eingereichten Vorschlägen konnte der Ausschuss **53 Vorschläge nicht für die Abstimmung berücksichtigen**.

Die herausgenommenen Vorschläge waren oftmals zu unkonkret formuliert, die Zuständigkeit der Gemeinde für die Umsetzung des Vorschlages war nicht gegeben oder sie verstießen auf andere Art und Weise gegen die Regeln des Bürgerhaushaltes der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow. Zudem befanden sich viele Vorschläge auch schon in Bearbeitung bzw. Umsetzung, sodass der Ausschuss nicht noch einmal die Notwendigkeit einer Abstimmung gesehen hat. Die Anlage 2 enthält eine Übersicht der nicht berücksichtigten Vorschläge mit den entsprechenden Begründungen für die Aussortierung.

Im Anschluss an die Vorschlagssammlung begann die **Abstimmungsphase**. Vom 28.04. bis 19.05.2014 konnten die Bürgerinnen und Bürger über **70 Vorschläge** abstimmen. Dafür standen Abstimmungslisten zur Verfügung, die wieder über die bekannten Wege bereitgestellt wurden (Internet, Amtsblatt und als Flyer in öffentlichen Einrichtungen). Jeder Bürger konnte bis zu 5 Vorschläge mit seiner Stimme unterstützen.

Am Ende kamen die jeweils drei meist gewählten Vorschläge pro Kategorie in das weitere Verfahren. Die ausführlichen Inhalte zu jedem Vorschlag wurden während der Abstimmungsphase im Foyer der Gemeindeverwaltung und auf der Internetseite der Gemeinde präsentiert.

Am 20. Mai 2014 hat der Ausschuss Bürgerhaushalt alle Stimmen ausgezählt, die für die 70 zur Abstimmung freigegebenen Vorschläge eingegangen sind.

Insgesamt 1078 Abstimmungszettel wurden durch unsere Bürgerinnen und Bürger genutzt, um Ideen für unsere Gemeinde mit ihrer Stimme zu unterstützen. 20 Abstimmungszettel wurden für ungültig erklärt, i. d. R. wegen zu vieler Stimmen - maximal insgesamt fünf Stimmen durften pro Abstimmungsbogen vergeben werden. Die Übersicht in der Anlage 3 zeigt das Abstimmungsergebnis.

Am 22. Mai 2014 übergab der Ausschuss Bürgerhaushalt alle eingereichten Vorschläge mit mehr als einen Punkt, offiziell der Gemeindevertretung. Von diesen Vorschlägen qualifizierten sich die drei meist gewählten Vorschläge pro Kategorie für das weitere Verfahren und die Diskussion in den entsprechenden Fachausschüssen. Da es bei 2 Kategorien (Senioren und Einnahmen) jeweils nur ein Vorschlag zur Abstimmung gab, wurden insgesamt 23 Vorschläge in die weitere politische Diskussion übergeben.

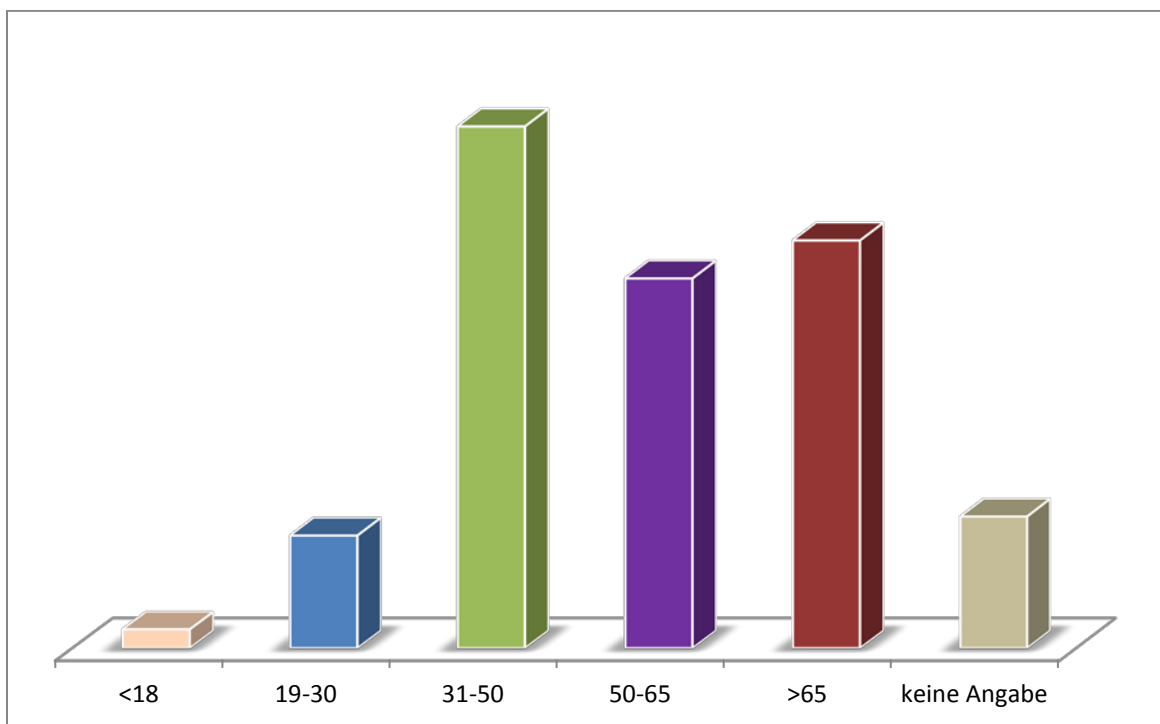
2. Statistische Daten zur Bürgerbeteiligung

Die folgenden statistischen Abbildungen konnten auf Grundlage der eingereichten Vorschlagszettel generiert werden. Auf diesen wurden verschiedene Daten abgefragt, die jeder Bürger freiwillig ausfüllen konnte. Nachfolgend wurden diese statistischen Daten übersichtlich und kurz aufbereitet:

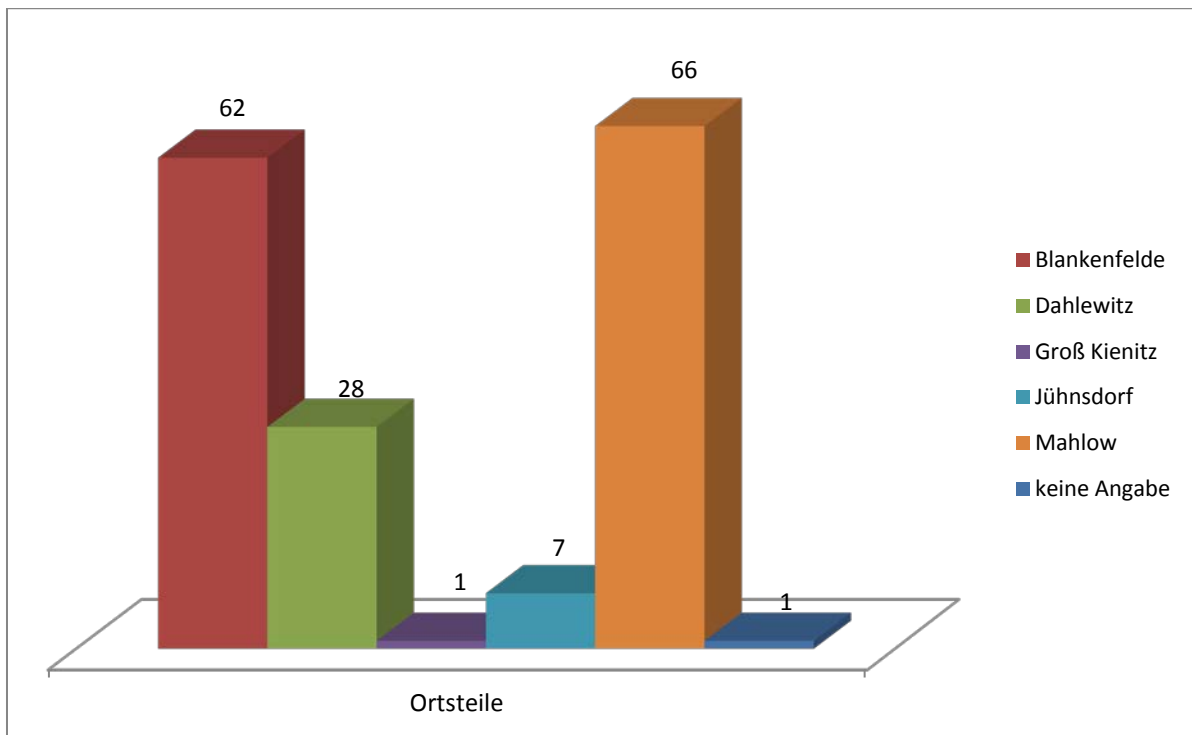
- soziodemografische Daten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer;
- Häufigkeitsverteilung der Bürgervorschläge auf die Haushaltsbereiche.

A. Soziodemografische Daten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Teilnahme nach Alter



Teilnahme nach Ortsteilen



B. Häufigkeitsverteilung der Bürgervorschläge auf die Kategorien

Die 70 Vorschläge zum Bürgerhaushalt 2014 wurden durch die Vorschlagenden selbst oder durch den Ausschuss Bürgerhaushalt den vorgegebenen Kategorien zugeordnet.

Kategorie	Absoluter Anteil im Gesamtergebnis	Relativer Anteil im Gesamtergebnis
Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit	16	22,9 %
Freizeitangebote	13	18,6 %
Straßen und Wege	12	17,2 %
Infrastruktur / Verkehr	9	12,8 %
Bauinvestitionen	4	5,7 %
Einnahmen / Steuern	1	1,4 %
Bildung	5	7,1 %
Seniorenarbeit	1	1,4 %

3. Beratungen in den Fachausschüssen

Nach Abschluss der Phasen, in denen die Bürger beteiligt wurden, mussten sich nun die Fachausschüsse mit den Vorschlägen befassen.

Folgende Übersicht zeigt auf, welcher Vorschlag an welchen Ausschuss weitergeleitet wurde:

Vorschlagsnummer	Kurztitel Vorschlag	Abstimmungsergebnis	Zuständiger Ausschuss
Bauinvestitionen			
1	Bau von Solaranlagen auf allen öffentlichen Gebäuden	56	UFE
3	Ausbau des Glasfasernetz	94	HA
4	Parkplätze am Bahnhof Dahlewitz schaffen	47	BA
Grünflächenpflege			
6	Kompostsammelstelle errichten	64	UFE
7	Aufhebung der Baumschutzsatzung	120	UFE
12	Nutzung von Brachflächen zur Einsaat von Bienen- und Insektenfutterpflanzen	85	UFE
Senioren			
14	mehr seniorengerechte Wohnungen schaffen	146	HA
Einnahmen			
15	Erhöhung der Strafen bei illegalen Feuerwerken und Lärmbelästigung	104	HA
Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit			
18	Öffentliche Toilette am Bahnhof Mahlow einrichten	117	BA
23	mehr Kontrollen des Ordnungsamtes (Hundehalterpflichten, Falschparker, Wegereinigung)	87	HA
28	Maßnahmen zur Senkung von Lärmbelästigungen (Musik, Feuerwerk, Motorsensen/Laubbläser)	103	HA
Freizeitangebote			
34	Bau einer Schwimmhalle (möglichst mit Therapiebecken)	316	BJSp / FA
36	Einrichtung eines Kulturamtes mit Personalstelle in der Verwaltung	118	SK / HA
41	Grundstück zum Bau von Tennisplätzen zur Verfügung stellen	128	BJSp
Infrastruktur und Verkehr			
45	Verbesserung Busverkehr (Zeiten und Versorgungsgebiete)	134	BA
46	Dienstfahrten der Verwaltungsmitarbeiter auch mit dem Fahrrad	74	BM
49	Parkverbote an vielbefahrenen Straßen	176	BA
Straßen und Wege			
54	Gehwege sanieren	121	BA
56	Ausbau und Ertüchtigung der Radwege	136	BA
57	Straßen ausbessern / sanieren	200	BA
Bildung			
66	Intensive Vorschularbeit	53	BJSp
69	Anpassung der Öffnungszeiten von Kita/ Hort an die Arbeitszeiten der Eltern	99	BJSp
70	Aufhebung der Kita-Betreuungsgebühren	51	BJSp / FA

BM – Bürgermeister
HA - Hauptausschuss

BA - Bauausschuss

UFE - Ausschuss für Flughafen, Umwelt und Energie

FA - Ausschuss für Finanzen und Bürgerhaushalt

UFE - Ausschuss für Flughafen, Umwelt und Energie

BJSp - Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport

SK - Ausschuss für Soziales und Kultur

Die Niederschriften der einzelnen Sitzungen können Sie im Ratsinformationssystem der Gemeinde auf www.blankenfelde-mahlow.de => Politik einsehen.

Die Ergebnisse und gefassten Empfehlungen der jeweiligen Fachausschüsse können Sie bei den einzelnen Vorschlägen in der angefügten Übersicht nachlesen.

4. Fazit und Ausblick

Vielen Dank an alle Bürger unserer Gemeinde für die Vorschläge zum Bürgerhaushalt 2015, aber natürlich auch danke an alle Mitglieder und sachkundigen Einwohner des ehemaligen Ausschusses Bürgerhaushalt, sowie allen Mitwirkenden und Mitarbeitern der Verwaltung. Der Bürgerhaushalt ist auch im vergangenen Jahr für die Gemeinde ein Erfolg gewesen. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde nutzen die Diskussion innerhalb des Verfahrens zunehmend auch um über den Haushalt hinausgehende Fragen in die politische Diskussion einzubringen. Dies befruchtet den Prozess erheblich.

Es war ein leichter Rückgang der Anzahl der eingereichten Vorschläge zu verzeichnen, aber dennoch ist die Abstimmungsbeteiligung doppelt so hoch wie im Vorjahr gewesen.

Mit den Entscheidungen zum Umgang mit den Vorschlägen haben wir es uns nicht leicht gemacht, es wurde abgewogen, diskutiert, zugeordnet und bezüglich der Zuständigkeiten auch verwiesen, aber es wurden auch neue Wege eingeleitet.

Hervorzuheben sind folgende Vorschläge, die 2015 umgesetzt werden:

-öffentliche Toilette am Bahnhof Mahlow	150.000 €
-Bewirtschaftung Toilette Mahlow	12.400 €
-Machbarkeitsstudie Schwimmhalle	30.000 €
-Konzept zur Verbesserung des Busverkehrs	15.000 €

Außerhalb des eigentlichen Bürgerhaushaltes, aber Anregungen der Bürgerschaft folgend, wird die Beteiligung der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow am Online-Beteiligungsportal „Märker Brandenburg“ geprüft.

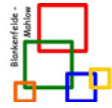
Für die Aufwertung des Gutsparks Dahlewitz sind 30.000 € in den Haushalt eingestellt worden.

Der Ausschuss für Finanzen und Bürgerhaushalt führt die umfangreiche Arbeit des Ausschusses Bürgerhaushalt fort. Es wurde entschieden das bisherige Verfahren auch im Jahr 2016 beizubehalten und den Bürgerhaushalt weiterzuführen. Mehrheitlich wurde beschlossen über Veränderungen nachzudenken und sich Zeit zur Diskussion zu geben, um das Konzept zu überarbeiten.

Ganz neu wurde für den Bürgerhaushalt ein Budget in Höhe von 150.000 € für 2016 in den Haushalt eingestellt.

Ein besonderes Augenmerk möchten wir auf die Kontrolle und Umsetzung der Empfehlungen der Fachausschüsse legen.

Einen hohen Stellenwert hat hier die Transparenz der Arbeit. Wir freuen uns auf viele neue Vorschläge der Bürger.



Bürgerhaushalt 2015 - Rechenschaftsbericht

Ergebnisse der Beratungen der Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in den politischen Gremien

V. Nr.	Kurztitel Vorschlag	Anmerkungen der Verwaltung sowie der Ausschüsse aus der vergangenen Wahlperiode	Empfehlungen der Fachausschüsse	Ergebnis der Beratung
Bauinvestitionen				
1	Bau von Solaranlagen auf allen öffentlichen Gebäuden Inhalt des Vorschlags: <ul style="list-style-type: none"> • Erneuerbare Energieanlagen in Form von Solaranlagen oder Ähnlichen auf allen öffentlichen Gebäuden der Gemeinde 		<p>UFE - Sitzung vom 09.09.2014 / TOP 11: Die Mitglieder des Ausschusses empfehlen, die Verwaltung zu beauftragen, ein Gesamtkonzept vorzulegen, welche Gebäude in welchem Umfang geprüft worden seien und wie das wirtschaftlich und organisatorisch umgesetzt werden könnte.</p> <p>UFE - Sitzung vom 09.12.2014 / TOP 7: Der Ausschuss für Umwelt, Flughafen und Energie beauftragt die Verwaltung zu recherchieren, welche öffentlichen Gebäude bereits mit Solaranlagen ausgestattet sein bzw. grundsätzlich in Frage kämen und, wie das wirtschaftlich und organisatorisch umgesetzt werden könnte. Abstimmungsergebnis: Ja: 5 / Nein: 0 / Enthaltung: 0 → zugestimmt</p> <p>Grundsätzlich befürwortet der Ausschuss für Umwelt, Flughafen und Energie den Vorschlag aus dem Bürgerhaushalt, soweit die Umsetzung im Einzelfall möglich und sinnvoll ist.</p> <p>UFE – Sitzung vom 06.01.2015 / TOP 8: Auf Grundlage der Ergebnisse der „Initialberatung Klimaschutz“ werden Maßnahmen zur Installation von Solaranlagen auf der Gemeinde gehörenden öffentlichen Gebäuden vorbereitet.</p> <p>Der Ausschuss für Umwelt, Flughafen und Energie empfiehlt: Die Gemeindevertretung befürwortet den Vorschlag zur Umsetzung von erneuerbaren Energieanlagen in Form von Solaranlagen oder Ähnlichen auf allen öffentlichen Gebäuden der Gemeinde.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Ja: 7 / Nein: 0 / Enthaltung: 0 → zugestimmt</p>	<p>Der Ausschuss für Umwelt, Flughafen und Energie befürwortet den Vorschlag zur Umsetzung von erneuerbaren Energieanlagen in Form von Solaranlagen oder Ähnlichen auf allen öffentlichen Gebäuden der Gemeinde.</p>
3	Ausbau des Glasfasernetzes Inhalt des Vorschlags: <ul style="list-style-type: none"> • Ich wünsche mir für die nahe Zukunft eine Kooperation mit einem Internet Service Provider (z.B. DNS:NET), sodass für alle Gewerbetreibenden und Hauseigentümer ein günstiger Anschluss per Glasfaser zur Verfügung steht. Der Grund für diesen Vorschlag ist, dass ein zuverlässiger Zugang immer häufiger die Geschäftsgrundlage bildet oder die Kaufentscheidung für ein Eigenheim stark beeinflusst. 	<p>Die Gemeinde hat seit April 2010 mit Unterstützung des Landkreises Teltow-Fläming und des Landes Brandenburg durch Bereitstellung von zwei Richtfunkmasten sowie durch Ausreichung von Fördermitteln des Landes Brandenburg an DNS:NET und Deutsche Telekom AG die Verbesserung der Breitbandinternetversorgung jener Gemeindebereiche unterstützt, die auf weniger als 2 Mbit/sec (Download) zugreifen konnten. Die Gewerbetreibenden und privaten Haushalte in diesen Gebieten können über Telekom oder DNS:NET spätestens seit Ende 2013/Anfang 2014 auf 6 bis 30 Mbit/sec (Download), teilweise sogar auf 50 Mbit/sec (Download) zugreifen.</p> <p>Aufgrund der Fördermittelbindefrist wird die Gemeinde in den nächsten Jahren keine neuen Fördermittel für Breitbandausbau bekommen. Jede weitere Bezuschussung von Breitbandinternet-Ausbaumaßnahmen müsste also zu 100 % aus gemeindlichen Eigenmitteln erfolgen.</p> <p>Im Sinne des Grundsatzes der sparsamen Haushaltsführung sollte die Gemeinde deshalb zunächst die Ergebnisse der praktischen Umsetzung des „Entwicklungskonzepts Brandenburg - Glasfaser 2020“ des Landes Brandenburg in 2015 abwarten. Das Land hat alle Gebiete Brandenburgs, in denen derzeit weniger als 6 Mbit/sec (Download) anliegen,</p>	<p>HA - Sitzung vom 11.09.2014 / TOP 6: Herr Penquitt berichtet über die mögliche Zukunftstechnologie „Glasfaser“. Er erläutert die bereits durchgeführten Maßnahmen. Er berichtet über Subventionsmaßnahmen/Förderprogramm und über die aktuelle Versorgung.</p> <p>Der Hauptausschuss empfiehlt die Besprechung im Fachausschuss und aufgrund der Vorstellung des Projektes durch Herrn Penquitt vorerst kein Geld in den Haushalt 2015 einzustellen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Ja: 9 / Nein: 0 / Enthaltung: 0 → zugestimmt</p>	<p>Der Hauptausschuss empfiehlt nach der Besprechung im Fachausschuss und aufgrund der Vorstellung des Projektes durch Herrn Penquitt vorerst kein Geld in den Haushalt 2015 einzustellen.</p>

V. Nr.	Kurztitel Vorschlag	Anmerkungen der Verwaltung sowie der Ausschüsse aus der vergangenen Wahlperiode	Empfehlungen der Fachausschüsse	Ergebnis der Beratung
		zur Versorgung mit glasfaserbasiertem Breitbandinternet mit bis zu 50 Mbit/sec (Download) ausgeschrieben. Zu den ausgeschrieben Gebieten zählt auch die Planungsregion Havelland-Fläming, zu der unsere Gemeinde gehört.		
4	Parkplätze am Bahnhof Dahlewitz schaffen Inhalt des Vorschlags: <ul style="list-style-type: none"> Schaffung weiterer Parkmöglichkeiten im Bereich Bahnhof Dahlewitz (ggf. Parkhaus) mit fußläufiger Verbindung zum Bahnsteig Richtung Berlin 		BA - Sitzung vom 04.09.2014 / TOP 11: Parkplätze am Bahnhof Dahlewitz schaffen Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung. Es werden sieben Parkplätze mehr entstehen. Abstimmungsergebnis: Ja: 9 / Nein: 0 / Enthaltung: 0 → zugestimmt	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung. Es werden sieben Parkplätze mehr entstehen.
Grünflächenpflege				
6	Kompostsammelstelle errichten Inhalt des Vorschlags: <ul style="list-style-type: none"> Errichtung einer Kompostiersammelstelle. Auch für Rohstoffannahme 		UFE - Sitzung vom 09.09.2014 / TOP 11: Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, den Vorschlagsurheber zur Begründung seines Vorschlags zur nächsten Ausschusssitzung einzuladen und eine Liste der Sammelstellen/ Recyclingstellen in der Gemeinde für die Ausschussmitglieder zu erstellen. UFE - Sitzung vom 07.10.2014 / TOP 9: Der Vorschlaggeber ist der Einladung nicht gefolgt. Eine Liste von Kompostieranlagen in der Gemeinde und im Umkreis von 25 km lag vor. Kompostieranlagen gibt es in Jühnsdorf, Zossen und Berlin. Der Ausschuss stimmt über die Empfehlung der Errichtung einer Kompostsammelstelle ab. Abstimmungsergebnis: Ja: 0 / Nein: 6 / Enthaltung: 0 → abgelehnt Begründung: zu kostenintensiv, schwierig umsetzbar – Immissionsschutzrechte beachten. Die bestehenden Angebote sind zudem ausreichend. Aber: Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung ein alternatives Konzept zu erstellen, Firmen die entsprechende Dienstleistungen anbieten zu eruiieren und, ob es andere Möglichkeiten zur Kompostierung in der Gemeinde gibt. UFE – Sitzung vom 06.01.2015 / TOP 8: Der Ausschuss für Umwelt, Flughafen und Energie bewertet die existierenden Angebote des SBAZV und verschiedener privatwirtschaftlicher Unternehmen zur Entsorgung von Gartenabfällen und zur Abgabe von Wertstoffen als ausreichend. Der Ausschuss für Umwelt, Flughafen und Energie empfiehlt: Die Gemeindevertretung lehnt den Vorschlag einer Errichtung einer Kompostiersammelstelle (auch für Rohstoffannahme) ab. Abstimmungsergebnis: Ja: 7 / Nein: 0 / Enthaltung: 0 → zugestimmt	Der Ausschuss für Umwelt, Flughafen und Energie lehnt den Vorschlag einer Errichtung einer Kompostiersammelstelle (auch für Rohstoffannahme) ab.
7	Aufhebung der Baumschutzsatzung Inhalt des Vorschlags:	FWA und BUTA haben sich im Vorjahr gegen die Abschaffung ausgesprochen. Auszug Rechenschaftsbericht BHH 2014:	UFE - Sitzung vom 09.09.2014 / TOP 11: Der Vorschlagsteller Herr Körner begründet seinen Vorschlag. Die Ausschussmitglieder diskutieren den Vorschlag, die gemeindliche Baumschutzsatzung aufzuheben.	Der Ausschuss für Umwelt, Flughafen und Energie lehnt den Vorschlag zur Aufhebung der Baumschutzsatzung ab.

V. Nr.	Kurztitel Vorschlag	Anmerkungen der Verwaltung sowie der Ausschüsse aus der vergangenen Wahlperiode	Empfehlungen der Fachausschüsse	Ergebnis der Beratung
	<ul style="list-style-type: none"> Aufhebung der Baumschutzsatzung, dadurch kann der Gemeinde-mitarbeiter andere Aufgaben übernehmen. Es werden mehr Bäume gepflanzt, da durch die jetzige Satzung keine Bäume gefällt werden dürfen, die nicht krank sind. 	<p>August 2013: Nach Aufhebung der gemeindlichen Baumschutzsatzung würde der Landkreis die Aufgaben des Baumschutzes übernehmen. Geschützt durch die Baumschutzverordnung des Landkreises sind jedoch ausschließlich Edellaubhölzer (Ulme, Platane, Eiche, Buche, Kastanie) ab einem Stammumfang von 190 cm (Durchmesser: 60, 5 cm). Solche Bäume gibt es auf privaten Grundstücken in Blankenfelde-Mahlow kaum (ca. 1%). Gerade der Schutz von Nadelbäumen (typisch für den Baumbestand auch auf privaten Grundstücken in Blankenfelde-Mahlow) würde vollständig entfallen!</p> <p>BUTA (06.06.2013): Abstimmungsergebnis: Ja: 0 / Nein: 4 / Enthaltung: 1 <input type="checkbox"/> abgelehnt Somit wird die Baumschutzsatzung nicht abgeschafft.</p> <p>FWA (12.06.2013): Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss möchte den Vorschlag zur Abschaffung noch offen lassen, d.h. die Ablehnung des BUTA auf der jetzt vorliegenden Argumentationsbasis noch nicht akzeptieren. Es soll zur nächsten Sitzung ein Vergleich Kreisbaumschutzsatzung zu unserer Satzung vorgelegt werden, um die Auswirkungen einer möglichen Abschaffung zu beurteilen. Dabei wurde auch diskutiert, dass die Zuschüsse lt. Satzung seit Jahren 5.000 € blockieren, jedoch im Schnitt nur 400-500 € verausgabt wurden (2012: 348,96 €), was keinen Effekt darstellt. Dazu erhebt sich kein Widerspruch.</p> <p>FWA (14.08.2013): Baumschutzsatzung Der Ausschuss wertet die Protokollkontrolle aus und kommt zum Entschluss keine weitere Beratung diesbezüglich durchzuführen.</p>	<p>Die Mitglieder des Ausschusses empfehlen:</p> <ol style="list-style-type: none"> Der Bürgermeister wird gebeten, die Baumschutzsatzung der Gemeinde auf einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses vorzustellen und den praktischen Umgang mit dieser Satzung darzustellen. Die Verwaltung wird gebeten, den Mitgliedern des Ausschusses die Baumschutzsatzung der Gemeinde und des Kreises zukommen zu lassen. Die Verwaltung wird gebeten, Herrn Körner zur entsprechenden Sitzung einzuladen. <p>UFE - Sitzung vom 07.10.2014 / TOP 9: Herr Gerling (Verwaltungsmitarbeiter) informiert über die Baumschutzsatzung und den praktischen Umgang mit der Baumschutzsatzung in der Gemeinde.</p> <p>Der Ausschuss stimmt über die Empfehlung zur Aufhebung der Baumschutzsatzung ab.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Ja: 1 / Nein: 1 / Enthaltung: 4 → abgelehnt</p> <p>Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Flughafen und Energie einigen sich, die Baumschutzsatzung zu einem gegebenen Zeitpunkt wieder aufzugreifen.</p> <p>UFE – Sitzung vom 06.01.2015 / TOP 8: Es wird diskutiert. Die Baumschutzsatzung habe sich seit ihrem Beschluss durch die Gemeindevertretung im Jahr 2008 als wirksames Instrument zum Erhalt des Ortsbildes der „Grünen Gemeinde“ bewährt.</p> <p>Der zuständige Fachausschuss für Umwelt, Flughafen und Energie (UFE) werde sich im Jahr 2015 mit der Baumschutzsatzung befassen und der Gemeindevertretung ggfs. begründete Vorschläge zu sinnvollen Ergänzungen und/oder Änderungen machen.</p> <p>Der Ausschuss für Umwelt, Flughafen und Energie empfiehlt: Die Gemeindevertretung lehnt den Vorschlag zur Aufhebung der Baumschutzsatzung ab.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Ja: 7 / Nein: 0 / Enthaltung: 0 → zugestimmt</p>	
12	<p>Nutzung von Brachflächen zur Einsaat von Bienen- und Insektenfutterpflanzen</p> <p>Inhalt des Vorschlags:</p> <ul style="list-style-type: none"> Nutzung von Brachflächen zur Einsaat von Bienen- und Insektenfutterpflanzen, z.B. in Zusammenarbeit mit dem Imkerverein Blankenfelde-Mahlow 		<p>UFE - Sitzung vom 09.09.2014 / TOP 11: Der Vorschlagsteller Herr Radzyski begründet seinen Vorschlag.</p> <ol style="list-style-type: none"> Der Ausschuss unterstützt den Vorschlag zur Nutzung von Brachflächen zur Einsaat von Bienen- und Insektenfutterpflanzen und bittet die Verwaltung entsprechende geeignete Flächen für die nächste Ausschusssitzung im Oktober zu eruieren. Die Verwaltung wird gebeten, Herrn Radzyski zur entsprechenden Sitzung einzuladen. <p>UFE – Sitzung vom 06.01.2015 / TOP 8: Der Ausschuss für Umwelt, Flughafen und Energie empfiehlt: Die Gemeindevertretung spricht sich dafür aus, die Einsaat von Bienen- und Insektenfutterpflanzen über das bereits von der Gemeinde praktizierte Maß hinaus auszuweiten.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Ja: 7 / Nein: 0 / Enthaltung: 0 → zugestimmt</p>	<p>Der Ausschuss für Umwelt, Flughafen und Energie spricht sich dafür aus, die Einsaat von Bienen- und Insektenfutterpflanzen über das bereits von der Gemeinde praktizierte Maß hinaus auszuweiten.</p>

V. Nr.	Kurztitel Vorschlag	Anmerkungen der Verwaltung sowie der Ausschüsse aus der vergangenen Wahlperiode	Empfehlungen der Fachausschüsse	Ergebnis der Beratung
			<p>Die Verwaltung wird beauftragt eine Liste zu erstellen, welche Flächen für die Bienen- und Insektenfutterpflanzen in den letzten zwei Jahren benutzt wurden und welche Flächen neu verwandt werden sollen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Ja: 7 / Nein: 0 / Enthaltung: 0 → zugestimmt</p>	
Senioren				
14	Mehr seniorenrechtliche Wohnungen schaffen	<p>Bürgerhaushalt 2013; Vorschlag Nr. 92: Bau von Seniorenwohnungen in Dahlewitz, Blankenfelde</p> <p>Auszug aus Protokoll: TOP 9. Der Ausschuss empfiehlt, dem Vorschlag nur bedingt zuzustimmen. Auch hier erkennt der Ausschuss den Bedarf, allerdings kann die Gemeinde kein Betreiber werden. Der eigentliche Handlungsbedarf sollte von der WOBAB ausgehen. Es soll weiterhin Aufklärungsarbeit und viel Informationen zum Thema Seniorenwohnen bei den Senioren angeboten werden.</p>	<p>HA - Sitzung vom 11.09.2014 / TOP 6:</p> <p>Frau Dzikowski berichtet, dass die Gemeinde allgemein nicht zuständig sei. Man können sich z.B. Gedanken über Zuschüsse machen. Zudem ist die Verwaltung laufend tätig.</p> <p>Der Hauptausschuss verweist den Punkt in den Ausschuss für Soziales und Kultur. Abstimmungsergebnis: Ja: 8 / Nein: 0 / Enthaltung: 1 → zugestimmt</p> <p>Frau Schiller berichtet, dass sich der Ausschuss für Soziales und Kultur bereits positioniert habe.</p> <p>Es erhebt sich kein Widerspruch gegen die Empfehlung des Ausschusses für Soziales und Kultur.</p>	<p>Es werden derzeit in Blankenfelde Seniorenwohnungen durch die WOBAB errichtet. Die Gemeinde selbst kann kein Projekt selbständig erstellen. Das ist keine gemeindliche Aufgabe.</p>
Einnahmen				
15	<p>Erhöhung der Strafen bei illegalen Feuerwerken und Lärmbelästigung</p> <p>Inhalt des Vorschlags:</p> <ul style="list-style-type: none"> Das Verbot sämtlicher privater Feuerwerke außer an Silvester/Neujahr. Die zunehmende Verlärmung und Ruhestörung muß unterbunden werden. Dazu sind saftige Strafen festzusetzen und somit Einnahmen für die Gemeinde zu erzielen. Als Ausnahmen können nur Gemeindeveranstaltungen zugelassen werden (z.B. Mahlower Cityfest). Das konsequente Unterbinden ruhestörenden Lärms durch die öffentliche Widergabe von Musik, Radio, Fernsehsendungen usw. Erst am letzten schönen Wochenende durfte ich mal wieder teilhaben an der Beschallung durch mehrere Nachbarn. Mittlerweile bezeichne ich das als Nötigung. Eine Rücksichtnahme kann man heute leider nicht mehr erwarten. Dazu sind saftige Strafen festzusetzen. 		<p>HA - Sitzung vom 11.09.2014 / TOP 6:</p> <p>Wenn die Verursacher von Feuerwerken ermittelt werden können, werden auch jetzt schon Verwarnungen im pflichtgemäßen Ermessen ausgesprochen.</p> <p>Tatsächlich ist es in der Praxis jedoch oft schwer im Nachhinein zu ermitteln, wer Verursacher – also Initiator – eines illegalen Feuerwerks war. In diesen häufigen Fällen sind der Gemeinde die Hände gebunden.</p> <p>Frau Dzikowski berichtet, dass laut Gesetz in jedem Einzelfall nach pflichtgemäßen Ermessen gehandelt werden kann (zw. 50 € - 10.000 €).</p> <p>Es wird ausgiebig über die Anzahl der verhängten Ordnungsgelder und Kontrollmöglichkeiten diskutiert.</p> <p>Der Hauptausschuss empfiehlt die Genehmigung von privaten Feuerwerken im angemessenen Rahmen und zu einem späteren Zeitpunkt die Anzahl der verhängten Ordnungsgelder auszuwerten.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Ja: 9 / Nein: 0 / Enthaltung: 0 → zugestimmt</p>	<p>Der Hauptausschuss empfiehlt die Genehmigung von privaten Feuerwerken im angemessenen Rahmen und zu einem späteren Zeitpunkt die Anzahl der verhängten Ordnungsgelder auszuwerten.</p>
Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit				
18	<p>Öffentliche Toilette am Bahnhof Mahlow einrichten</p> <p>Inhalt des Vorschlags:</p> <ul style="list-style-type: none"> Öffentliche Toiletten an den 	<p>Eine 50-Cent-Anlage wurde im Mai 2014 in Blankenfelde eingebaut.</p>	<p>BA - Sitzung vom 04.09.2014 / TOP 11:</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie man den Wunsch nach einer öffentlichen Toilette in Mahlow erfüllen kann und wie der aktuelle Stand zum Bahnhofsgebäude in Mahlow ist.</p> <p>Der Bauausschuss empfiehlt die Einstellung von 150.000 € in den Haushalt</p>	<p>In den Haushalt 2015 sind 150.000€ Investitionskosten und 12.400 € für die Bewirtschaftung (jährlich anfallende Kosten) eingestellt.</p>

V. Nr.	Kurztitel Vorschlag	Anmerkungen der Verwaltung sowie der Ausschüsse aus der vergangenen Wahlperiode	Empfehlungen der Fachausschüsse	Ergebnis der Beratung
	<p>Bahnhöfen Mahlow und Blankenfelde, denn es machen viele Leute, die die ein Bedürfnis haben an die Mauer bzw. in die Grünanlagen. Schlimmstenfalls in die Hose</p>		<p>2015. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie man den Wunsch nach einer öffentlichen Toilette in Mahlow erfüllen kann und wie der aktuelle Stand zum Bahnhofsumfeld und -gebäude in Mahlow ist.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Ja: 7 / Nein: 0 / Enthaltung: 2 → zugestimmt</p> <p>FA - Sitzung vom 8.10.2014 / TOP 5: Die Mitglieder des Ausschusses empfehlen die Einstellung von 150.000 Euro in den Haushalt 2015 für die Errichtung einer öffentlichen Toilette in Mahlow mit der einer Folgekostenbetrachtung.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Ja: 6 / Nein: 0 / Enthaltung: 0 → zugestimmt</p>	
23	<p>Mehr Kontrollen des Ordnungsamtes (Hundehalterpflichten, Falschparker, Wegereinigung)</p> <p>Inhalt des Vorschlags:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kontrolle der Parksituation im Wohngebiet am Friedhof (auch am Wochenende) und abends kontrollieren, da hauptsächlich dann unzumutbar geparkt wird. Allerdings stehen auch zu wenige Parkplätze zur freien Verfügung, da sich die Anzahl der Autos seit Beginn der Siedlung vervielfältigt hat. In diesem Zusammenhang sollte vielleicht kontrolliert, wie viele Anwohner ihre Parkplätze verbotener Weise zurückgebaut haben und als Garten nutzen und so die Situation verschärfen. • verstärkte Kontrolle der Wegereinigung von z.B. Laubreinigung, Sicherheit der Bürger speziell Rollstuhlfahrer 	<p>BHH 2012 Vorschlag Nr.1: Konsequenter Durchsetzung ordnungsbehördlicher Maßnahmen bei Verstößen im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung</p> <p>Empfehlung des HA: Eine Herangehensweise an die komplexe Thematik der Sicherheit und Ordnung wird im HA inhaltlich diskutiert. Die Fraktionsvorsitzenden werden in die Verwaltung zu einer Diskussion eingeladen. Abstimmungsergebnis: 6/2/0</p> <p>Bei der Frage der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geht es darum, wie wir in unserer Gemeinde zusammen leben und miteinander umgehen wollen. Es ist daher nicht damit getan, weitere Stellen in der Verwaltung einzuplanen. Es soll besprochen werden, wie und wo wir mehr Sicherheit und Ordnung durchsetzen wollen und wie wir unser Ziel erreichen.</p> <p>BHH 2013 mehr Kontrolle der Hundehalterpflichten: Standorte wurden geprüft, auch erweitert und in Flyer und Lokalanzeiger ist über bestehende Hundetoiletten informiert worden.</p> <p>BHH 2014 mehr Kontrollen Hundehalterpflichten: HA (22.08.2013): Kontrollen werden durchgeführt. Stärkere Kontrollen sind mit dem vorhandenen Personal nicht zu leisten. Es gibt keine generelle Leinenpflicht. Ein Hinweis darüber soll im Lokalanzeiger erfolgen.</p>	<p>HA - Sitzung vom 11.09.2014 / TOP 6:</p> <p>Die Erhöhung der personellen Kapazitäten im Bereich Sicherheit und Ordnung, die in den letzten Jahren vorgenommen wurden, reichen aus. Es gibt inzwischen regelmäßige Kontrollen in allen Ortsbereichen. Inzwischen sind die Kontrollen sogar so sehr ausgedehnt wurden, dass es Beschwerden von Betroffenen gibt über zu umfangreiche Kontrollen.</p> <p>Der Hauptausschuss empfiehlt, dass es wie bisher gehandhabt wird.</p>	<p>Der Hauptausschuss empfiehlt, dass es keine zusätzlichen Kontrollen des Ordnungsamtes geben soll.</p>
28	<p>Maßnahmen zur Senkung von Lärmbelästigung (Musik, Feuerwerk, Motorsensen/Laubbläser)</p> <p>Inhalt des Vorschlags:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verbot sämtlicher privater Feuerwerke außer an Silvester. Die zunehmende Verlärmung und Ruhestörung muss unterbunden werden. Dazu sind saftige Strafen festzusetzen und somit Einnahmen für die Gemeinde zu erzielen • bei der Pflege der Grünflächen kommt es oft zwei Geräte zum Einsatz, bei denen die negativen Auswirkungen dominieren: Motorsense, Laubbläser. Beiden ist gemein, dass sie erhebliche Lärmimmissionen verursachen. Am 		<p>HA - Sitzung vom 11.09.2014 / TOP 6:</p> <p>Feuerwerke sollen auch in Zukunft in dem derzeit ausgeübten Umfang möglich sein. Ein generelles Verbot von Feuerwerken wird ausdrücklich abgelehnt. Einzelne Lärmquellen (Laubbläser, Motorsensen) können nicht verboten werden.</p> <p>Der Hauptausschuss empfiehlt, dass es wie bisher gehandhabt wird.</p>	<p>Es soll keine zusätzlichen Maßnahmen zur Lärmbelästigung eingeführt werden.</p>

V. Nr.	Kurztitel Vorschlag	Anmerkungen der Verwaltung sowie der Ausschüsse aus der vergangenen Wahlperiode	Empfehlungen der Fachausschüsse	Ergebnis der Beratung
	<p>trockenen Tagen wird bei dieser Technik unheimlich viel Material aufgewirbelt, welches das Umfeld verschmutzt und die Feinstaubbelastung erhöht. Ich rege Minimierung des Einsatzes der beiden Geräte an.</p> <ul style="list-style-type: none"> Das konsequente Unterbinden ruhestörenden Lärms durch die öffentliche Wiedergabe von Musik, Radio und Fernsehsendungen. Beschallung durch mehrere Nachbarn, gestaltet sich als Nötigung. Die zunehmende Verlärmung muss unterbunden werden. 			
Freizeitangebote				
34	<p>Bau einer Schwimmhalle (möglichst mit Therapiebecken)</p> <p>Inhalt des Vorschlags:</p> <ul style="list-style-type: none"> Schwimmhalle Schwimmhalle vielleicht beim ehemaligen Armeeeobjekt Bau einer Schwimmhalle ähnlich der Schönefelder Welle ein Schwimmbad Bau einer Schwimmhalle mit der Begründung sportliche Betätigung aller Altersgruppen in Blankenfelde-Mahlow Bau eines Schwimmbades mit Therapiebecken Schwimmbad im Ort 	<p>Der Hauptausschuss hatte im letzten Bürgerhaushalt den Vorschlag nicht in der Abstimmungsliste belassen.</p> <p>Begründung: Die GV hat bereits in den letzten beiden Bürgerhaushalten die Entscheidung getroffen, dass zum jetzigen Zeitpunkt kein Bau vorgenommen werden kann, da die Folgekosten zu hoch sind. Der BM hat jedoch zugesagt, das Thema Schwimmhalle in den nächsten Jahren weiterzuverfolgen.</p> <p>Der Ausschuss Bürgerhaushalt empfiehlt den Vorschlag "Bau einer Schwimmhalle" in die Abstimmung zum Bürgerhaushalt 2015 aufzunehmen:</p> <p>Abstimmungsergebnis: Ja: 2 / Nein: 0 / Enthaltung: 3 -> zugestimmt</p>	<p>BJSp - Sitzung vom 02.09.2014 / TOP 7:</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten für eine Machbarkeitsstudie zur Realisierung einer Schwimmhalle zu ermitteln.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Ja: 9 / Nein: 0 / Enthaltung: 0 → zugestimmt</p> <p>FA - Sitzung vom 03.09.2014 / TOP 6:</p> <p>Frau Scholz führt zum Vorschlag Nr. 34 aus dem Bürgerhaushalt - Bau einer Schwimmhalle - ein. Frau Sachtleben informiert über mögliche Investitionskosten, Betriebskosten und weist auf Folgekosten hin. Frau Grassmann teilt mit, dass über eine Machbarkeitsstudie im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport diskutiert wurde. Die Mitglieder des Finanzausschusses schließen sich den Empfehlungen des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport an.</p> <p>Der Finanzausschuss empfiehlt, dass die Verwaltung Kosten, Umfang und Inhalt einer Machbarkeitsstudie zur Errichtung einer Schwimmhalle (Nr. 34) prüfen und abklären solle.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Ja: 9 / Nein: 0 / Enthaltung: 0 → zugestimmt</p> <p>BJSp – Sitzung vom 30.09.2014</p> <p>Die Recherche der Verwaltung zu Kosten einer Machbarkeitsstudie hat ergeben das der finanzielle Aufwand je nach Leistungsbeschreibung zwischen 20.000 € und 40.000 € liegt.</p> <p>Der Ausschuss empfiehlt vorsorglich 30.000 € in den Haushalt einzustellen. Die Leistungsbeschreibung zur anzufertigenden Studie ist vor Auftragserteilung mit dem Ausschuss abzustimmen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0 → zugestimmt</p> <p>FA - Sitzung vom 8.10.2014 / TOP 5:</p> <p>Die Mitglieder des Ausschusses stimmen über die Einstellung von 30.000 Euro in den Haushalt von 2015 für eine Machbarkeitsstudie zur Errichtung einer Schwimmhalle ab.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Ja: 6 / Nein: 0 / Enthaltung: 0 → zugestimmt</p>	<p>Es wurden 30.000€ für die Durchführung einer Machbarkeitsstudie in den Haushalt 2015 eingestellt.</p>

V. Nr.	Kurztitel Vorschlag	Anmerkungen der Verwaltung sowie der Ausschüsse aus der vergangenen Wahlperiode	Empfehlungen der Fachausschüsse	Ergebnis der Beratung
36	<p>Einrichtung eines Kulturamtes mit Personalstelle in der Verwaltung</p> <p>Inhalt des Vorschlags:</p> <p>Einrichtung eines Kulturamtes mit Personalstelle in der Verwaltung (gleichzeitig als eigenständiger Haushaltsbereich):</p> <p>Mein Vorschlag betrifft den Bereich Kultur, der bisher kein eigenständiger Haushaltsbereich ist. Ich rege an, einmal grundsätzlich darüber nachzudenken, ob in einer seit mehr als 10 Jahren bestehenden Großgemeinde nicht ein solcher Bereich einmal gesondert und der Übersichtlichkeit wegen für die Bürger ausgewiesen werden sollte. Nach meiner Erkenntnis werden Haushaltsmittel bei Vereinen (Ausschuss für Soziales und Kultur), Heimatpflege (über Ortsbeiräte), Seniorenarbeit und möglicherweise auch in Einzelpositionen eingestellt (z.B. Mittel für den Kulturverein Blankenfelde e.V. u.a.). Möglicherweise noch an weiteren mir unbekannt Positionen. Meiner Auffassung nach aber gibt es eine Anzahl von Aufgaben und kulturellen Verpflichtungen, die von der Gesamtgemeinde und nicht nur von den Ortsteilen wahrzunehmen sind und wofür auch Mittel direkt und nicht in Rücksprache mit den Ortsbeiräten abzurufen wären. Zwei aktuelle Bsp.: Festveranstaltung und Namensgebung des Bürgerhauses Bruno Taut Dahlewitz oder Mittel zur Erstellung der Ortschronik für die Gesamtgemeinde). Ich sehe diesen Vorschlag nicht nur unter den Stichworten Bürgerhaushalt und Gemeindefinanzen, sondern auch unter allgemeineren Aspekten. Die Wertschätzung der Kultur für die Gesamtgemeinde erscheint mir noch ausbaufähig. Wenn wir in der neuen Legislaturperiode auch mehr das Zusammenwachsen der Gemeindeteile fördern wollen, dann sollten wir auch im Haushalt neue Denksätze in den Blick nehmen.</p>		<p>HA - Sitzung vom 11.09.2014 / TOP 6: Dieser Vorschlag soll im Ausschuss für Soziales und Kultur beraten werden.</p> <p>SK - Sitzung vom 10.09.2014 / TOP 7: Die Mitglieder des Ausschusses diskutieren zum Vorschlag zur Errichtung eines Kulturamtes mit Personalstelle in der Verwaltung.</p> <p>1. Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung eine Analyse zu bestehenden Kulturvereinen, zu Strukturen und zur Organisation der kulturellen Landschaft in der gesamten Gemeinde zusammenzutragen.</p> <p>2. Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung zu eruieren, wie Kulturämter in ähnlichen Gemeinden organisiert sind und wie diese aufgebaut wurden. Frau Lehmann stellt den Antrag, den Tages-ordnungspunkt „Vorschlag zur Errichtung eines Kulturamtes“ erst wieder in der Sitzung des Ausschusses im November zu behandeln.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Ja: 8 / Nein: 0 / Enthaltung: 1 → zugestimmt</p> <p><i>Frau Hellberg empfiehlt den Mitgliedern des Ausschusses, den Vorschlag der Schaffung eines Kulturamtes in den einzelnen Fraktionen zu diskutieren und Vorschläge für die nächsten Sitzungen zu sammeln.</i></p> <p>Es erheben sich keine Einwände.</p> <p>SK - Sitzung vom 5.11.2014 / TOP 7: Frau Schiller gibt Auskunft zur Kulturarbeit in vergleichbaren Gemeinden/Städten.</p> <p>Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Kultur stimmen über den Vorschlag aus dem Bürgerhaushalt 2015 zur Einrichtung eines Kulturamtes ab. Abstimmungsergebnis: Ja: 0 / Nein: 8 / Enthaltung: 0 → abgelehnt</p> <p>Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Kultur stimmen über die Empfehlung ab, dass bei der Überarbeitung des Leitbildes auch der Bereich Kultur und Kunst in Gemeinde einen Leitsatz bekommen soll. Abstimmungsergebnis: Ja: 8 / Nein: 0 / Enthaltung: 0 → zugestimmt</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, den erhöhten Stellenwert im Bereich Kultur und Freizeit im Wege Ihrer Internetpräsenz noch wahrnehmbarer darzustellen. Abstimmungsergebnis: Ja: 7 / Nein: 0 / Enthaltung: 0 → zugestimmt</p>	<p>Ein Kulturamt mit Personalstelle in der Verwaltung soll nicht eingerichtet werden. Der Bereich Kultur soll jedoch im neuen Leitbild der Gemeinde und der Internetpräsenz stärker angesprochen werden.</p>
41	<p>Grundstück zum Bau von Tennisplätzen zur Verfügung stellen</p>		<p>BJSp - Sitzung vom 30.09.2014 / TOP 8 Die Mitglieder des Ausschusses erläutern die unterschiedlichen Ergebnisse der Diskussionen zu diesem Tagesordnungspunkt Antrag Mega Sports zum Bau von Tennisplätzen aus ihren Fraktionen.</p> <p>Über den Antrag wird abgestimmt.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Ja: 8 / Nein: 0 / Enthaltung: 1 → zugestimmt</p> <p>Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport stimmt darüber ab, eine erforderliche Summe 800.000,00 € zum Bau von vier Tennisplätzen für die Haushaltsplanung 2016 vorzusehen.</p>	<p>Es werden keine Gelder für den Bau von Tennisplätzen in den Haushalt 2015 eingestellt.</p>

V. Nr.	Kurztitel Vorschlag	Anmerkungen der Verwaltung sowie der Ausschüsse aus der vergangenen Wahlperiode	Empfehlungen der Fachausschüsse	Ergebnis der Beratung
			<p>Abstimmungsergebnis: Ja: 5 / Nein: 3 / Enthaltung: 1 → zugestimmt</p> <p>FA – Sitzung von 8.10.2014 / TOP 5: Die Mitglieder des Ausschusses stimmen über die Einstellung von 800.000 Euro in den Haushalt 2016 zum Bau von vier Tennisplätzen ab.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Ja: 0 / Nein: 7 / Enthaltung: 0 → abgelehnt</p>	
Infrastruktur und Verkehr				
45	<p>Verbesserung Busverkehr (Zeiten und Versorgungsgebiete)</p> <p>Inhalt des Vorschlags:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. gute Busverbindungen 2. regelmäßigen Busverkehr auch von 9-12 Uhr und nach 18 Uhr einrichten, Betriebsfahrten als reguläre Fahrten aufnehmen (bspw. nach Dahlewitz) 3. Samstagsfahrten des ÖPNV/VTF 4. Abends weitere Busse zum Lückefeld einrichten 5. Buslinie im Roten Dudel 6. Busverbindung nach Großziethen 7. Reduzierung Busverkehr 8. großflächig vernetzten, effizienten und preiswerteren ÖPNV 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Im Haushalt 2014 wurde im Bereich "Bauleitplanung - Gutachten und Honorare" mehr Geld eingestellt (10.000 € für ein Gutachten "Prüfung ÖPNV-Angebot wurden im Haushalt mit berücksichtigt.) 2. Zusätzliche Fahrten müssen beim LK TF bestellt werden. Auf Grund der hierbei entstehenden Mehrkosten (Beteiligung an der Finanzierung) ist ein GV-Beschluss erforderlich. Klärung, ob 2014/2015 Angebotsprüfung stattfinden soll, nach Kommunalwahl. 3. Linie 600 fährt werktags. Sonst wie Pkt. 2. 4. Die Linienführung der Linie 600 über das Lückefeld scheidet bislang an der Eröffnung des BER. Hierbei wäre eine bessere Anbindung des Lückefeld gewährleistet. Prüfung ob Zwischenlösung (Teltow-Großbeeren-Mahlow(S)-Lückefeld) realisiert werden kann - vgl. Pkt. 2. 5. Siehe Pkt. 2. 	<p>BA - Sitzung vom 04.09.2014 / TOP 11:</p> <p>Der Bauausschuss wird sich in den nächsten zwei Jahren mit der Planung des Busverkehrs beschäftigen, um die möglichen Verbesserungen ab 2017 einfließen zu lassen. Zudem empfiehlt der Bauausschuss in 2015 eine Planung in Auftrag zu gegeben, für die 15.000 € im Haushalt 2015 zu berücksichtigen sind.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Ja: 9 / Nein: 0 / Enthaltung: 0 → zugestimmt</p> <p>FA - Sitzung vom 8.10.2014 / TOP 5: Die Mitglieder des Ausschusses stimmen über die Einstellung von 15.000 Euro in den Haushalt 2015 zur Durchführung einer Bedarfsermittlung und zur Planung des Busverkehrs.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Ja: 7 / Nein: 0 / Enthaltung: 0 → zugestimmt</p>	<p>Einstellung von 15.000 Euro in den Haushalt 2015 zur Durchführung einer Bedarfsermittlung und zur Planung des Busverkehrs.</p>
46	<p>Dienstfahrten der Verwaltungsmitarbeiter auch mit dem Fahrrad</p>		<p>Entscheidung Bürgermeister: Dienstfahräder stehen den Mitarbeitern zur Verfügung. Die Mitarbeiter sind angehalten die Räder zu nutzen. Es obliegt jedoch den Beschäftigten von Fall zu Fall zu entscheiden, ob die Nutzung im Interesse des Dienstgeschäftes sinnvoll ist.</p>	<p>Dienstfahräder stehen den Mitarbeitern zur Verfügung</p>
49	<p>Parkverbote an vielbefahrenen Straßen</p> <p>Inhalt des Vorschlags:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Parkverbote an vielbefahrenen Straßen 		<p>BA - Sitzung vom 04.09.2014 / TOP 11:</p> <p>Parkverbote an vielbefahrenen Straßen liegen grundsätzlich nicht im Kompetenzbereich der Gemeinde. Zur Käthe-Kollwitz-Straße schließt sich der Bauausschuss der folgenden Stellungnahme der Verwaltung an:</p> <p>Die Käthe-Kollwitz-Straße ist eine Anliegerstraße innerhalb einer Tempo-30-Zone. Einmündungen und Parktaschen im Bereich der WOBAB-Häuser bieten ausreichend Ausweichmöglichkeiten. Der östliche Teil ist mit Einfamilienhäusern bebaut.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Ja: 9 / Nein: 0 / Enthaltung: 0 → zugestimmt</p>	<p>Parkverbote an vielbefahrenen Straßen liegen grundsätzlich nicht im Kompetenzbereich der Gemeinde.</p>
Straßen und Wege				

V. Nr.	Kurztitel Vorschlag	Anmerkungen der Verwaltung sowie der Ausschüsse aus der vergangenen Wahlperiode	Empfehlungen der Fachausschüsse	Ergebnis der Beratung
54	Gehwege sanieren Inhalt des Vorschlags: 1. Gehweg Kurt-Schumacher-Straße zwischen Karl-Marx-Straße und Thüringer-Wald-Straße defekte Gehwegplatte entfernen/ausbessern 2. Instandsetzung der Wege mit Altpflaster (ganzer Verlauf, nicht stückchenweise) 3. Die Straßen sind mit Kopfsteinpflaster zu glätten und zu sanieren, wegen der Lärmdämmung 4. Fußwegerneuerung entlang der S-Bahn in Mahlow bis hin zum Parkplatz für Autos. Straße wo die Feuerwehr ist in Mahlow 5. Pflasterung des Gehweges in der Bodelschwingstraße, bei Regen verwandelt sich dieser Weg in eine Schlammstrecke mit Stolperfallen	1. wird geprüft 2. erfolgt entsprechend aufzustellender Prioritätenliste 3. erfolgt entsprechend aufzustellender Prioritätenliste	BA - Sitzung vom 04.09.2014 / TOP 11: Die Gehwege werden im Rahmen der Unterhaltung unter Berücksichtigung der verfügbaren finanziellen Mittel und der Priorität instandgesetzt. Abstimmungsergebnis: Ja: 9 / Nein: 0 / Enthaltung: 0 → zugestimmt	Die Gehwege werden im Rahmen der Unterhaltung unter Berücksichtigung der verfügbaren finanziellen Mittel und der Priorität instandgesetzt.
56	Ausbau und Ertüchtigung der Radwege Inhalt des Vorschlags: <ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der Radwege • Verbesserung der Radwege (Rennradtauglich) • Ausbau und Instandsetzung des Radwegenetzes – vorhandene z.T. nicht nutzbar 	Zum ersten Vorschlag: am 31.3. telefonisch nachgefragt, was der Vorschlagende konkret meint. Antwort: Gemeinde hat schon eine Menge getan. Wollte gerne noch einmal bekräftigen und untermauern, dass Gemeinde an Radwegesanieierung dranbleiben soll und wie geplant das gesamte Radwegenetz weiter ausbaut.	BA - Sitzung vom 04.09.2014 / TOP 11: Die Radwege werden im Rahmen der Unterhaltung unter Berücksichtigung der verfügbaren finanziellen Mittel und der Priorität instandgesetzt. Abstimmungsergebnis: Ja: 9 / Nein: 0 / Enthaltung: 0 → zugestimmt	Die Radwege werden im Rahmen der Unterhaltung unter Berücksichtigung der verfügbaren finanziellen Mittel und der Priorität instandgesetzt.
57	Straßen ausbessern/ sanieren Inhalt des Vorschlags: 1. Kienitzer Straße (Straßenzustand) 2. Straßenlöcher beseitigen 3. Begradigung der Bordsteine Maxim-Gork-Straße zum besseren Einparken 4. durchgehende Asphaltierung der Ibsenstraße 5. Verbesserung der Straße und Wege 6. Gullideckel in Blankenfelde der Straßenoberfläche angleichen	1. wird durch Verwaltung geprüft telefonisch am 1.04. nachgefragt: Selchower Weg, Kienitzer Straße sind stark sanierungsbedürftig (Schlaglöcher, Mulden,...-man bekommt jedes Auto kaputt). Noteinsätze von Krankenwage werden behindert - wären zu Fuß schneller... 2. im Rahmen der Straßenunterhaltung werden die Straßen und Wege instandgesetzt 3. im Rahmen der Straßenunterhaltung werden die Straßen und Wege instandgesetzt	BA - Sitzung vom 04.09.2014 / TOP 11: Die Straßen werden im Rahmen der Unterhaltung unter Berücksichtigung der verfügbaren finanziellen Mittel und der Priorität instandgesetzt. Abstimmungsergebnis: Ja: 9 / Nein: 0 / Enthaltung: 0 → zugestimmt	Die Straßen werden im Rahmen der Unterhaltung unter Berücksichtigung der verfügbaren finanziellen Mittel und der Priorität instandgesetzt.
Bildung				
66	Intensive Vorschularbeit Inhalt des Vorschlags: <ul style="list-style-type: none"> • intensive Vorschularbeit an den Kitas 		BJSp - Sitzung vom 02.09.2014 / TOP 7: Die Verwaltung wird beauftragt, eine Formulierung zur „Intensiven Vorschularbeit“ für den Rechenschaftsbericht zu erarbeiten. BJSp – Sitzung vom 30.09.2014 „Die einseitige Ausrichtung von Kindertageseinrichtungen in Richtung	Der Vorschlag wird abgelehnt.


V. Nr.	Kurztitel Vorschlag	Anmerkungen der Verwaltung sowie der Ausschüsse aus der vergangenen Wahlperiode	Empfehlungen der Fachausschüsse	Ergebnis der Beratung
			<p>“Vorschule“ entspricht nicht der Entwicklungslogik von Heranwachsenden im frühen Kindesalter. Zentrale Aufgabe der Kindertageseinrichtung ist vielmehr, die "Entwicklung einer eigenständigen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit" (§ 1 SGB VIII) zu fördern. Auf der Grundlage eines ganzheitlichen Bildungsverständnisses sollte dabei der Erwerb von Metakompetenzen (übergeordnete Kompetenzen) unterstützt werden. Hierzu gehört es, die frühkindliche Neugier zu stärken, Freude am Lernen sowie Spaß am gemeinsamen Erleben mit anderen Kindern zu wecken.“(Diskussionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe)</p> <p>Auf diesen gesetzlichen und fachlichen Grundlagen werden den Kindern in den kommunalen Kindertagesstätten vielfältige Möglichkeiten zur Entwicklung ihrer eigenen Identität und der Unterstützung ihrer individuellen Bildungswege ermöglicht. Mit einem qualitativ gut entwickeltem System von Beobachtung und Dokumentation erfahren die Eltern/Personensorgeberechtigten jährlich durch die Bezugserzieherin von den Entwicklungsschritten ihrer Kinder im Rahmen der Kita und tauschen sich darüber aus.</p> <p>Im Jahr vor der Einschulung kooperieren die Pädagogen der Kitas in besonderer Weise mit den Pädagogen aus Hort und Grundschule auf der Grundlage einer gemeinsam erarbeiteten Rahmenvereinbarung und dem davon abgeleiteten Kooperationsvertrag. Auf der oben beschriebenen Grundlage werden Ausflüge in Hort und Schule, Schnupperstunden, Elternabende mit allen beteiligten Institutionen, Patenschaften zwischen Kindern, Vorleseaktionen, Besuche von Lehrern in den Kitas und vieles mehr organisiert und durchgeführt. Die Inhalte der Angebote im Übergangsjahr wurden von Pädagogen aus allen drei beteiligten Bereichen gemeinsam erarbeitet und werden den aktuellen Erfordernissen angepasst. Jährlich wird die Wirksamkeit dieser Übergangsgestaltung mit Evaluation überprüft und in der AG Bildung (daran sind alle vier Kooperationsteams beteiligt) diskutiert.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 / Enthaltung: 0 → zugestimmt</p>	
69	<p>Anpassung der Öffnungszeiten von Kita/ Hort an die Arbeitszeiten der Eltern</p> <p>Inhalt des Vorschlags:</p> <ul style="list-style-type: none"> Mit den Einnahmen der Gemeinde sollten die Öffnungszeiten der Kitas den Arbeitszeiten der Eltern angepasst werden. 		<p>BJSp - Sitzung vom 02.09.2014 / TOP 7</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt zu recherchieren, wie hoch der Bedarf an längeren Öffnungszeiten in den Kindertagesstätten besteht.</p> <p>BJSp – Sitzung vom 30.09.2014</p> <p>Im Rahmen einer in diesem Jahr erfolgten anonymen Umfrage in einigen Kindertagesstätten wurden die Eltern u. a. zu folgenden Pkt. befragt. Wie zufrieden sind Sie mit der Betreuung Ihres Kindes in der Einrichtung in Bezug auf</p> <ol style="list-style-type: none"> Öffnungszeiten Flexible Betreuungszeiten. <p>Die Ergebnisse haben den Nachweis für einen erhöhten Bedarf an Öffnungszeiten nicht erbracht. Auch Gespräche im Rahmen von Neuaufnahmen in Kindertagesstätten durch die Einrichtungsleiter indizieren derzeit keinerlei Handlungsbedarf. Die Bedarfsermittlungen in den Kindertagesstätten sind kontinuierlich weiterzuführen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 / Enthaltung: 0 → zugestimmt</p>	<p>Die Gemeinde sieht derzeit keinen Handlungsbedarf, die Öffnungszeiten zu ändern.</p>
70	<p>Aufhebung der Kita – Betreuungsgebühren</p> <p>Inhalt des Vorschlags:</p>	<p>Vorschlag war bereits Thema im Bürgerhaushalt 2012. Finanzielle Auswirkung: 1.455 T€ Ergebnis des BJSp / FWA aus 2012: Kitagesetz Brandenburg sieht die Erhebung von</p>	<p>BJSp - Sitzung vom 02.09.2014 / TOP 7:</p> <p>Die Stellungnahme zur Aufhebung der Kitabetreuungsgebühren aus dem letzten Jahr soll in die Tabelle übernommen werden und wird in der kommenden Sitzung abschließend beraten.</p>	<p>Die Kita-Betreuungsgebühren werden nicht aufgehoben.</p>

V. Nr.	Kurztitel Vorschlag	Anmerkungen der Verwaltung sowie der Ausschüsse aus der vergangenen Wahlperiode	Empfehlungen der Fachausschüsse	Ergebnis der Beratung
	<ul style="list-style-type: none"> Die Kitagebühren sollten aufgehoben werden, Kinderbetreuung ist die Zukunft der Gemeinde und refinanziert sich über die Einnahmen aus der Lohnsteuer 	<p>Elternbeiträgen zur Finanzierung von Kindertagesstätten vor. Da es sich um ein Landesgesetz handelt müsste hier eine Änderung initiiert werden – problematisch scheint jedoch die entstehende Finanzlücke. Kitagebühren sind sozialverträglich gestaffelt.</p> <p>Es soll stärker informiert werden, was die Gemeinde insgesamt bereits in die Kindertagesstätten einbringt. (finanzielle Dimensionen).</p>	<p>FA - Sitzung vom 03.09.2014 / TOP 6: Frau Grassmann informiert, dass man im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport die Aufhebung der Gebühren bereits umfänglich beraten habe. <i>Frau Scholz lässt über die Aufhebung der Kitabetreuungsgebühren (Vorschlag Nr. 70) abstimmen.</i></p> <p>Abstimmungsergebnis: Ja: 0 / Nein: 9 / Enthaltung: 0 → abgelehnt</p> <p>Der Finanzausschuss empfiehlt somit, die Kitagebühren beizubehalten.</p> <p>BJSp – Sitzung vom 30.09.2014 Vorschlag war bereits Thema im Bürgerhaushalt 2012. Finanzielle Auswirkung: 1.455 T€ Ergebnis des BJSp / FWA aus 2012: Kitagesetz Brandenburg sieht die Erhebung von Elternbeiträgen zur Finanzierung von Kindertagesstätten vor. Da es sich um ein Landesgesetz handelt müsste hier eine Änderung initiiert werden – problematisch scheint jedoch die entstehende Finanzlücke. Kitagebühren sind sozialverträglich gestaffelt. Der Beitrag der Eltern ist ein Anteil der Kosten für die Bewirtschaftung der Häuser. Personalkosten sind hier nicht erfasst.</p> <p>Informationen zu finanzieller Beteiligung der Gemeinde erfolgen jährlich über die Haushaltsbroschüre der Gemeinde.</p> <p>Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 / Enthaltung: 0 → zugestimmt</p> <p>FA - Sitzung vom 8.10.2014 / TOP 5: Der Finanzausschuss schließt sich der Aussage des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport an und unterstützt eine Beibehaltung der KITA-Gebühren.</p>	

BM – Bürgermeister
HA - Hauptausschuss
BA - Bauausschuss
UFE - Ausschuss für Flughafen, Umwelt und Energie

FA - Ausschuss für Finanzen und Bürgerhaushalt
UFE - Ausschuss für Flughafen, Umwelt und Energie
BJSp - Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
SK - Ausschuss für Soziales und Kultur

 Bei den grün hinterlegten Ergebnissen haben die Ausschüsse den Vorschlag befürwortet und eine entsprechende positive Empfehlung ausgesprochen.

 Bei den rot hinterlegten Ergebnissen haben die Ausschüsse den Vorschlag abgelehnt.

Anlage 1: Konzept für den Bürgerhaushalt der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow (Stand Januar 2012)

	Kurzbeschreibung	Zeitraum	Konkretisierung	
Info- phase	Information der Bürger	Ende Januar/ Februar	Über verschiedene Medien werden die Bürger über den Bürgerhaushalt im Allgemeinen sowie über Konzeptänderungen informiert (Presse, Lokalanzeiger, Internet, Flyer, Plakate, Infoveranstaltung) Es wird sehr deutlich gemacht, dass die Entscheidungsbefugnis über den Haushalt auch bei der Durchführung eines Bürgerhaushaltes bei der Gemeindevertretung verbleibt.	
Vorschläge sammeln	Vorschläge sammeln (1 Monat)	Ende Februar bis	Internet Formblatt Formlos schriftlich Sammlung im Bürgerservice	Auf dem Vorschlagzettel steht ein konkreter Satzanfang: „Die Gemeinde sollte unser Geld verwenden für../ einsparen durch...“ Kategorisierung auf Vorschlagzetteln schon durch den Bürger: <ol style="list-style-type: none"> 1. Sicherheit/Ordnung und Sauberkeit 2. Freizeitangebote 3. Bauinvestitionen 4. Einnahmen/Steuern der Gemeinde 5. Straßen und Wege 6. Infrastruktur und Verkehr (ÖPNV, ruhender Verkehr, Flughafen, Wochenmarkt...) 7. Grünflächenpflege 8. Bildung (Kita, Schulen, Bibliotheken) 9. Seniorenarbeit = innerhalb der Kategorien sollen die Vorschläge frei formuliert werden
	1. Sitzung Redaktionskommission	bereits Mitte März	<ul style="list-style-type: none"> • Auflistung, Prüfung und Sortierung der schon vorhandenen Vorschläge • Alle Vorschläge werden zur Abstimmung gestellt, egal ob haushaltsrelevant oder nicht • Ggf. Prüfauftrag an Verwaltung/und Ladung des Vorschlagstellers zur 2. Sitzung 	
	2. Sitzung Redaktionskommission	April	<ul style="list-style-type: none"> • Endredaktion zu allen Vorschlägen • Anhörung der Verwaltung und des Vorschlagstellers Entscheidung über die Aufnahme problematischer Vorschläge 	
	Bekanntmachung der Vorschläge	April	<ul style="list-style-type: none"> • Lokalanzeiger, Internet, Flyer • Info über die aussortierten Vorschläge mit Begründung, warum sie aussortiert wurden 	
Vorschläge gewichten	Abstimmungszeit	April/Mai (3 Wo)	Abstimmung über die bekannten Medien Sammlung im Bürgerservice	Anzahl von Kreuzen: für jeden Vorschlag gibt es nur ein Kreuz, jeder darf bis zu 5 Vorschläge unterstützen In der Abstimmungsphase gibt es keine Kontrollmechanismen, um eine Manipulation zu verhindern.
	3. Sitzung (öffentlich) Redaktionskommission	Mai	Auswertung aller eingegangenen Teilnahmen <ul style="list-style-type: none"> - öffentliche Auszählung - Bekanntmachung des Ergebnisses 	
	Information der Bürger	Nach Auswertung	<ul style="list-style-type: none"> • Lokalanzeiger • Internet 	

			<ul style="list-style-type: none"> • Flyer
Entscheidung der Gemeindevertretung	Übergabe an die GVS	Mai	<p>Öffentliche Übergabe des Bürgerhaushaltes an die GVS</p> <p>Übergabe in der GVS Ende Mai</p> <ul style="list-style-type: none"> • aus jedem Themenbereich sollen die 3 Vorschläge mit den meisten Stimmen an die Gemeindevertretung übergeben werden
	Übergabe an die Ausschüsse	Mai/Juni	Die nicht weiter gekommenen Vorschläge werden zur Kenntnisnahme in die zuständigen Ausschüsse gegeben. Diese Vorschläge können beraten werden, müssen aber nicht. Sie sind im Rechenschaftsbericht nicht auszuweisen.
	Bekanntmachung	Juni	Information der Bürger (Lokalanzeiger, Internet) darüber, ob und in welchen Ausschuss ihr Thema verwiesen wurde (als BHH-Thema oder auch ausgeschiedener Vorschlag). Der Bürger kann sich bei Interesse dorthin wenden.
	Diskussion in den Ausschüssen	Juni (vor Sommerpause)	Öffentliche Diskussion der Vorschläge in den jeweils zuständigen Ausschüssen (bei Bedarf Unterstützung durch die Redaktionskommission/Moderator)
	Haushaltsbeschluss	Dezember	Beschluss des Haushaltes der Gemeinde für das nächste Jahr
Rechenschaft durch die Gemeindevertretung	Rechenschaftsbericht	Januar des Folgejahres	<p>In einer Sondersitzung der Gemeindevertretung soll jeder Ausschussvorsitzende über seine Themen berichten. Der Rechenschaftsbericht soll sehr ausführlich sein.</p> <p>Die Vorschläge, die bereits in der Redaktionskommission ausgeschlossen wurden, werden von einem Mitglied der AG erläutert.</p> <p>Fragen können gestellt werden, Beantwortung erfolgt durch die Vorsitzenden der Fachausschüsse zu den jeweiligen Themen.</p> <p>In der Sonder GV soll der Auftakt zum nächsten Bürgerhaushalt erfolgen.</p>
	Bekanntmachung	Januar des Folgejahres	Im Vorfeld Aufruf und Einladung zur Sonder GV über Presse, Plakate, Internet... Lokalanzeiger/Internet – Bekanntmachung Rechenschaftsbericht der GVS

Anlage 2: Bürgerhaushalt 2014 – nicht berücksichtigte Vorschläge

Folgende 58 Vorschläge wurden vom Ausschuss Bürgerhaushalt aussortiert und konnten nicht mit in die Vorschlagliste aufgenommen werden:

V* Nr.	Kurzinhalt Vorschlag	Erläuterung für die Nichtberücksichtigung in der Vorschlagliste
1*	Bau einer Schwimmhalle	Der Ausschuss Bürgerhaushalt und der Hauptausschuss haben sich hinsichtlich der Frage, ob die Schwimmhalle in den Abstimmungszettel aufgenommen werden soll, unterschiedlich positioniert. Der Hauptausschuss entscheidet, den Vorschlag nicht auf den diesjährigen Abstimmungszettel aufzunehmen. Begründung: die Gemeindevertretung hat bereits in den letzten beiden Bürgerhaushalten die Entscheidung getroffen, dass zum jetzigen Zeitpunkt kein Bau vorgenommen werden kann, da die Folgekosten zu hoch sind. Der Bürgermeister hat jedoch zugesagt, das Thema Schwimmhalle in den nächsten Jahren weiterzuverfolgen.
2*	Einrichtung eines Jugendtreffs in Mahlow	Ein Jugendhaus in Mahlow ist bereits geplant und entsprechend Gelder im Haushalt eingestellt.
3*	Kategorie Freizeiteinrichtungen – ohne Vorschlagsinhalt	Der Vorschlag ist zu unkonkret.
4*	Ausweitung des Angebotes im Natursportpark	Die Schaffung zusätzlicher Spiel- und Bewegungsangebote für verschiedene Altersgruppen im Natursportpark ist aus fachlicher Sicht zu begrüßen. Der Natursportpark steht jedoch unter Leitung des Landschaftspflegevereins Mittelbrandenburg e.V. (LPV), d.h. Ansprechpartner ist nicht die Gemeinde sondern der LPV. Die Verwaltung wird alle Vorschläge an den LPV weiterleiten.
5*	Kunstrasenplatz Dahlewitz	Über die Errichtung eines Kunstrasenplatzes in Dahlewitz wird derzeit im Rahmen des Sportstättenkonzeptes der Gemeinde diskutiert.
6*	Räume für Vereine	Es werden auch jetzt schon genug Räume für Vereine angeboten. Der Vorschlag war zu unkonkret.
7*	Kleinfeldsoccerplatz Rembrandtstraße	In der Jugendfreizeiteinrichtung gibt es seit 2012 einen Kleinfeldsoccerplatz.
8*	Instandsetzung Berliner Damm	Der Berliner Damm ist eine Landesstraße, daher ist die Gemeinde nicht zuständig und würde Gelder für Aufgaben übernehmen, für die das Land zuständig ist. Die Verwaltung wird das Land noch einmal bezugnehmend auf den Bürgerhaushalt kontaktieren.
9*/10 */11*	Kategorie Straßen und Wege – ohne Vorschlagsinhalt	Diese Vorschläge wurden zu unkonkret formuliert.
12*	Ausbau Märkische Promenade	Die märkische Promenade ist ein aktuelles Thema im Fachausschuss und auch der Gemeindevertretung. Der Umsetzung des Vorschlags ist bereits in 2013 im Plan.
13*	Umbenennung Straßen Dahlewitz	Die Verwaltung nimmt den Vorschlag im Projekt Straßenumbenennung der Gemeinde auf. Der Vorschlag wird dann dort diskutiert.
14*	Verbindungsweg Waldblick - Hoffbauer Kita bauen	Die Gemeinde kann dort keinen Weg bauen, da es sich um ein Privatgrundstück handelt. Außerdem ist das Gebiet bereits beplant.
15*	Beleuchtung Zufahrt Natursportpark	Der Landschaftspflegeverein muss einen Antrag an die Gemeinde stellen. Bereits im letzten Jahr wurde über die Thematik gesprochen. Verwaltung klärt den aktuellen Stand. Verwaltung leitet Anliegen an Verein weiter.
16*	Vervollständigung des Mauerweges (S2)	Die Vervollständigung des Mauerweges ist bereits in Arbeit und wird umgesetzt.
17*	S-Bahn Anschluss Wünsdorf	Die Gemeinde ist dafür nicht zuständig. Die Gemeindevertretung hat sich dazu bereits positioniert, sich nicht dafür einzusetzen.
18*	Etablierung eines 10-Minuten-Taktes der S2	Die Gemeinde ist dafür nicht zuständig. Die Verwaltung wird den Bedarf an die S-Bahn weiterleiten.
19*	Einsatz für verbesserte Flugrouten	Seit April 2012 ist eine Klage unserer Gemeinde auf Feststellung der Ungültigkeit der im März 2012 vom Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) festgesetzten, das dicht besiedelte Kerngebiet unserer Gemeinde doppelt mit Starts und Landungen belastenden BER-Flugrouten beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg anhängig. Diese Klage wird am 19. September 2013 vor dem Oberverwaltungsgericht verhandelt.
20*	Eröffnung eines Bioladens in	Der Vorschlag fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinde. Die

	Blankenfelde	Gemeinde hat keinen Einfluss darauf, welche Märkte sich bei uns ansiedeln möchten.
21*	Bau eines S-Bahnhofs Waldblick	Der Vorschlag fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinde. Die Gemeinde hatte den Vorschlag bereits an das Land und die S-Bahn weitergeleitet.
22*	barrierefreier Bahnhof Mahlow	Der Vorschlag fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinde. Die Gemeinde hat keinen Einfluss auf private Baumaßnahmen.
23*	mehr Parkplätze Karl-Liebnecht-Straße	Im Frühjahr 2013 sollen zusätzliche Parkplätze fertiggestellt sein.
24*	Schaffung eines Treppenzugangs zur S-Bahn Blankenfelde von der Schubertstraße	Gelände/Baulast gehört der DB AG. Anfrage bzgl. illegaler Abkürzung wurde bereits an die DB gestellt, Antwort steht noch aus.
25*	Umsetzung des Projektes Mahlow-Nord	Die Gemeinde hat bereits die Planung aufgestellt. Für die Umsetzung sind Investoren verantwortlich und werden gesucht.
26*	Errichtung von modernen Bushaltestellen	Der Vorschlag ist zu unkonkret (welche?). Alte Bushaltestellen werden planmäßig mit Fördermitteln ersetzt.
27*	wirtschaftliche Förderung des Mahlower Zentrums	Die Planung für den Berliner Damm wurde durch die Gemeindevertretung entschieden. REWE wurde durch die Gemeinde aufgefordert, einen REWE-Markt im Mahlower Zentrum aufrechtzuerhalten.
28*	Anschluss der S2 an den BBI	Die Gemeinde ist nicht zuständig.
29*	Rathausbau in ehemaliger Kaserne	Der Rathausbau ist ein aktuelles Thema in der Gemeindevertretung. Der Ausschuss verweist auf die geltende Beschlussfassung der Gemeindevertretung zum Rathausbau und Standort.
30*	kein Rathausneubau	Der Rathausbau ist ein aktuelles Thema in der Gemeindevertretung. Der Ausschuss verweist auf die geltende Beschlussfassung der Gemeindevertretung zum Rathausbau und Standort.
31*	Anbau Feuerwehr Blankenfelde	Der Ausschuss verweist auf die Empfehlung des FWA bzgl. des gleichen Vorschlages im Jahr 2012. Dieser hat empfohlen, den Vorschlag im Rahmen der derzeit stattfindenden Diskussion und Überarbeitung der Brandschutzkonzeption aufzunehmen.
32*	Bau eines Rathauses	Der Rathausbau ist ein aktuelles Thema in der Gemeindevertretung. Der Ausschuss verweist auf die geltende Beschlussfassung der Gemeindevertretung zum Rathausbau und Standort.
33*	Gestaltung des Kasernengeländes	Das Gelände der ehemaligen Kaserne am Jühnsdorfer Weg in Blankenfelde ist nicht Eigentum der Gemeinde.
34*	Bau einer Fußgängerbrücke über die Heinrich-Heine-Straße	Der Vorschlag wurde bereits im Bürgerhaushalt 2012 beraten. Danach ist der Bedarf nur sehr gering und die Kosten stehen in keinem Verhältnis zu dem Nutzen der entstehen würde.
35*	Fußgängerrampe in Mahlow, Trebbiner Straße schaffen	Ein Antrag wurde bereits vom Straßenverkehrsamt abgelehnt. Querungsmöglichkeiten gibt es Höhe Bahnhofstraße, Luisenstraße und L 76.
36*	Verkehrsberuhigung Keplerstraße	Das Thema wurde und wird aktuell in den politischen Gremien behandelt.
37*	mehr Winterdienst in Dahlewitz	2012 hat sich die Gemeinde im Rahmen der zuständigen Gremien nochmals mit der Problematik des Winterdienstes beschäftigt. Im Ergebnis wurde festgelegt, dass hinsichtlich der möglichen Gestaltung eines erweiterten Winterdienstes keine Veränderungen vorzunehmen sind und der Winterdienst in der jetzt praktizierten Form weiterzuführen ist. Eine mögliche Änderung könne erst nach Auswertung mehrerer Winterperioden sinnvoll in Erwägung gezogen werden.
38*	Fußgängerüberweg Trebbiner Straße	Es handelt sich um eine Landesstraße. Dafür ist die Gemeinde nicht zuständig.
39*	mehr Polizeipräsenz	Für die Erhöhung der Polizeipräsenz ist die Gemeinde nicht zuständig. Die Polizei wurde durch die Gemeinde schon mehrfach aufgefordert eine höhere Präsenz zu gewährleisten.
40*	Parkordnung Roter Dudel	Der Vorschlag ist zu unkonkret
41*	Kategorie Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit ohne Inhalt	Der Vorschlag ist zu unkonkret
42*	Änderung der Straßenreinigungssatzung bzgl. des Einsammelns von Winter-	Diese Verpflichtung besteht bereits.

	Streugut	
43*	Oberschule in Mahlow	Die Schaffung einer Oberschule fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich einer Gemeinde.
44*	Bibliothek Dahlewitz für Schulklassen nutzen	Die Bibliothek Dahlewitz wird seit Jahren von Schulklassen genutzt.
45*	mehr Öffentlichkeitsarbeit über Lärmschutzmaßnahmen	Im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport (BJSp) und dem Flughafenausschuss wird regelmäßig über Lärmschutzmaßnahmen berichtet.
46*	Bepflanzung des Kreisverkehr Zossener Damm	Die Bepflanzung liegt nicht im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde.
47*	Nachpflanzung der gefälltten Straßenbäume in Jühnsdorf	Der Vorschlag ist zu unkonkret
48*	Haus der Senioren in ehemalige Kita Wirbelwind	Das Thema wird derzeit in den politischen Gremien behandelt.
49*	altersgerechtes Wohnen in der Karl-Liebknecht-Straße zu erschwinglichen Preisen	Zu dieser Thematik gibt es bereits einen Beschluss der Gemeindevertretung. Die Gemeindevertretung hat sich bereits über die Variante mit 26 Wohnungen und 16 Stellplätzen ausgesprochen und verbindet damit die Anweisung an den Vertreter der Gesellschaft dies so umzusetzen sowie an die Verwaltung, im Rahmen des Beteiligungsverfahrens, das Projekt so zu befürworten.
50*	Spaziergangservice für Altenheimbewohner	Der Vorschlag fällt nicht in die Zuständigkeit der Gemeinde. Verwaltung wird den Bedarf an die Seniorenbeauftragte weiterleiten.
51*	Verzicht auf juristische Klagen	Der Vorschlag ist zu unkonkret.
52*	keine Beraterfunktion	Der Vorschlag ist zu unkonkret.
53*	keine Gutachter- und Rechtsanwaltskosten	Der Vorschlag ist zu unkonkret.
54*	Verzicht auf Straßenumbenennung	Die Gemeindevertretung hat einen Beschluss über die Straßenumbenennung gefasst.
55*	Erhöhung der Grunderwerbssteuer	Die Grunderwerbssteuer fällt nicht in die Zuständigkeit der Gemeinde.
56*	kostenlose Sozialberatung	Die Gemeinde bietet eine kostenlose Sozialberatung durch den Freien Betreuungsverein Teltow-Fläming e.V. bereits an. Sprechstunden finden in jeder geraden Kalenderwoche donnerstags von 13:30 Uhr bis 16:30 Uhr in der Gemeindeverwaltung statt.
57*	BHH Online - Formular verbessern	Verwaltung nimmt Hinweis an und prüft diesen.
58*	Klagen abwägen	Die Gemeinde wägt Klagen auch jetzt schon gut ab. Der Vorschlag ist zu unkonkret.

V* für die Abstimmung nicht berücksichtigte Vorschläge

Anlage 3: Übersicht aller Vorschläge mit Abstimmungsergebnis

Bauinvestitionen		
1	Bau von Solaranlagen auf allen öffentlichen Gebäuden	56
2	Bau eines Solarfeldes am Lückefeld	18
3	Ausbau des Glasfasernetz	94
4	Parkplätze am Bahnhof Dahlewitz schaffen	47
Grünflächenpflege		
5	Straßenbäume komplettieren	47
6	Kompostsammelstelle errichten	64
7	Aufhebung der Baumschutzsatzung	120
8	Ortskern in Dahlewitz (Kirchenbereich) verschönern	61
9	Anlegung eines öffentlichen Nutzgartens am Lückefeld	30
10	Wettbewerb schön gepflegte Gärten	17
11	Patenschaften für Grünflächen fördern	27
12	Nutzung von Brachflächen zur Einsaat von Bienen- und Insektenfutterpflanzen	85
13	KEINE Beseitigung des Wildwuchses entlang des Lankewegs (Jühnsdorf)	34
Senioren		
14	mehr seniorengerechte Wohnungen schaffen	146
Einnahmen		
15	Erhöhung der Strafen bei illegalen Feuerwerken und Lärmbelästigung	104

Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit		
16	mehr Geschwindigkeitskontrollen	83
17	Maßnahmen zur Erhöhung der Sauberkeit	78
18	Öffentliche Toilette am Bahnhof Mahlow einrichten	117
19	Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und -sicherheit schaffen	28
20	Mehr Papierkörbe, Abfallbehälter für Glas und Hundetoiletten aufstellen / Standorte optimieren	59
21	Barrierefreie Überwege an öffentlichen Einrichtungen schaffen	34
22	Drängelgitter an der Astrid-Lindgren Grundschule umbauen	49
23	mehr Kontrollen des Ordnungsamtes (Hundehalterpflichten, Falschparker, Wegereinigung)	87
24	Einführung des "Maerker Brandenburg"	27
25	Ordnung und Sicherheit im Parkhaus am Bahnhof Blankenfelde erhöhen	59
26	alljährlicher Wechsel der Straßenreinigungszyklen	32
27	Straßenreinigung und Winterdienst zentral vergeben (Kostenumlegung auf Anwohner)	69
28	Maßnahmen zur Senkung von Lärmbelästigungen (Musik, Feuerwerk, Motorsensen/Laubbläser)	103
29	Verkehrssicherheit vor dem Verkaufsshop Dahlback in Dahlewitz erhöhen	18
30	Erweiterung der Dienstzeiten des Ordnungsamtes an Wochenenden	64
31	Verbot von Werbeanlagen und Leuchtreklamen	13
Freizeitangebote		
32	Neue Spielplätze errichten	91
33	Freizeitangebot für 11 bis 17-jährige in Mahlow Waldblick	30

34	Bau einer Schwimmhalle (möglichst mit Therapiebecken)	316	53	zeitnaher Abschluss der Sanierungsarbeiten Müllkippe Sandeberg	6
35	Bolzplätze sanieren / ausbauen	41	Straßen und Wege		
36	Einrichtung eines Kulturamtes mit Personalstelle in der Verwaltung	118	54	Gehwege sanieren	121
37	Errichtung eines Kinos	75	55	Ausweitung Parkplatzangebot	35
38	Freibad für Blankenfelde bauen	92	56	Ausbau und Erhöhung der Radwege	136
39	Erneuerung der Sitzbänke in den Anlagen	21	57	Straßen ausbessern / sanieren	200
40	Erhöhung des Zuschusses für den Trägerverein des Natursportparks	54	58	Straßen Neubau / Erweiterung	16
41	Grundstück zum Bau von Tennisplätzen zur Verfügung stellen	128	59	Wendeschleife B.-Brechtstraße ebnen (Dahlewitz)	7
42	Aufwertung des Gutsparks Dahlewitz durch verschiedene Erweiterungen	61	60	Leitplanke unter B 96 (Lückefeld) errichten	24
43	Errichtung einer Rodelbahn auf der sanierten Müllkippe Sandeberg (Glasow)	26	61	Generelle Bürgerbeteiligung beim Straßenbau	51
44	Bau und Unterhaltung einer Eissporthalle	22	62	Bau Straßenbeleuchtung	63
Infrastruktur und Verkehr			63	Kennzeichnung von Parkbuchten	5
45	Verbesserung Busverkehr (Zeiten und Versorgungsgebiete)	134	64	Sicherung und Weiterverwendung von Granit- und Natursteinpflaster	21
46	Dienstfahrten der Verwaltungsmitarbeiter auch mit dem Fahrrad	74	65	Ausweitung und Neubau von Rad- und Gehwegen	117
47	Sitzmöglichkeiten am S-Bahnhof Bushaltest. in Mahlow einrichten	37	Bildung		
48	Zeitl. Anpassung der Straßenbeleuchtung an den Bedarf	47	66	intensive Vorschularbeit	53
49	Parkverbote an vielbefahrenen Straßen	176	67	Kommunikationstraining für Gemeindevertreter	33
50	Einbahnstraßenregelung für Eichendorff-str. / Heinrich-Heine-Straße in Blf.	33	68	Begabtenförderprogramme in Kooperation mit Bund/Land	24
51	Sperrung der Heckenrosenstr. für den Durchgangsverkehr	36	69	Anpassung der Öffnungszeiten von Kita/ Hort an die Arbeitszeiten der Eltern	99
52	Entfernung der Busspur Dorfstr. (L76) Abzweig Mahlower Str.	39	70	Aufhebung der Kita-Betreuungsgebühren	51